



Wortprotokoll

der 68. Sitzung vom 6. März 1964

Resoconto integrale

della seduta n. 68 del 6 marzo 1964

IV. Legislatur
IV legislatura
1960 - 1964



CONSIGLIO PROVINCIALE BOLZANO LANDTAG BOZEN

IV^a Legislatura
IV. Gesetzgebungsperiode

SEDUTA 68^a SITZUNG

6 - 3 - 1964

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge provinciale n. 140: «Ordinamento
del personale addetto all'istruzione ed all'adde-
stramento professionale» (articoli 11 - 14) 3

Landesgesetzentwurf Nr. 140: „Ordnung des Per-
sonals der Berufsschulung“ (Artikel 11 - 14) 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. SILVIO NICOLODI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.00 UHR

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): (Appello nominale, lettura del processo verbale - Namensaufruf, Verlesung des Sitzungsprotokolls).

Il calendario dei lavori del Consiglio è stato stabilito come segue:

12 marzo 1964 seduta tutto il giorno

13 marzo 1964 seduta tutto il giorno

20 marzo 1964 seduta tutto il giorno

25 marzo 1964 seduta tutto il giorno

26 marzo 1964 seduta tutto il giorno

Proseguiamo nella discussione sull'art. 11 del disegno di legge provinciale N. 140: « *Ordinamento del personale addetto all'addestramento professionale* ».

La parola all'Assessore supplente Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S. V. P.): Im Zusammenhang mit dem Art. 10 möchte ich nochmals auf einen Umstand zurückkommen, auf den ich schon in der letzten Sitzung hingewiesen habe: es sind die Verpflichtungen der Direktorinnen der Hauswirtschaftsschulen. Im Art. 10 heisst es: „*Le direttrici delle scuole di economia domestica sovrintendono inoltre all'amministrazione ed al buon funzionamento dei convitti, dei giardini e dell'allevamento degli animali da cortile nonché allo svolgimento delle conferenze e consulenze tecniche e dell'assistenza tecnica della gioventù rurale femminile*“. Diese Verpflichtung muss man in Zusammenhang mit dem Artikel 11 setzen. Dieser Umstand wurde bei der Verfassung des Gesetzes nicht beachtet oder ist bei Einschaltung der Verbesserungen durch die Kommission entgangen. Im Art. 11 heisst es nämlich: „*Le direttrici delle scuole di economia domestica hanno l'obbligo di assumere 33 ore settimanali di insegnamento pratico ed almeno 4 ore settimanali di insegnamento teorico. Le stesse dovranno inoltre assumere il servizio di turno nella sorve-*

glianza del convitto ». Das heisst also, dass die Direktorinnen der Hauswirtschaftsschulen 33 plus 4 also 37 Wochenstunden machen müssen und ausserdem die Verpflichtung zur turnusweisen Überwachung des Konviktes haben, wozu noch alle die im Art. 10 angeführten Obliegenheiten kommen.

Im Art. 13 sind die Verpflichtungen aufgeführt, die jeder Lehrer der Berufsschulen und also auch jede Lehrerin der Hauswirtschaftsschulen hat. Da heisst es, dass die unter a), b) und c) im zweiten Absatz des Art. 2 des vorliegenden Gesetzes genannten Lehrkräfte eine Lehrverpflichtung von mindestens 18 bis zu einem Maximum von 24 Wochenstunden haben. Die technisch-praktischen Lehrkräfte haben einen Gesamtdienst von 36 Wochenstunden mit der Verpflichtung zum praktischen Unterricht von 24-30 Stunden. Demzufolge sind die restlichen Stunden bis zu 36 Wochenstunden für die notwendige Vorbereitung des praktischen Unterrichts sowie für die Instandhaltung der Geräte und Werkstätten aufzuwenden. Selbst die Assistenten haben bei einer Dienstverpflichtung von 42 Wochenstunden nur eine Unterrichtsverpflichtung von 24-30 Stunden.

Wenn man nun damit die im Art. 11, von den Direktorinnen der Haushaltsschulen geforderte Verpflichtung von 37 Unterrichtsstunden pro Woche vergleicht, erkennt man allein schon daraus, dass diese Direktorinnen weit mehr Unterrichtsstunden pro Woche erteilen müssen als jeder andere Lehrer, ja sogar mehr als die Assistenten. Dazu kommt immer noch der turnusweise Überwachungsdienst des Konviktes und die im Art. 10 angeführten Obliegenheiten der Direktorinnen. Ich glaube also, dass diese Verpflichtungen der Direktorinnen der Haushaltsschulen mit jenen der übrigen Lehrkräfte koordiniert werden müssen, damit den Direktorinnen nicht höhere Verpflichtungen auferlegt werden als allen anderen Lehrern. Ich habe gehört, dass vom zuständigen Assessor ein entsprechender Abänderungsvorschlag gemacht wird und ersuche, dass er dem angeführten Umstand Rechnung trage.

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Die Bemerkungen des Herrn L. Abg. Wahlmüller sind richtig. Ich habe daher meinen Abänderungsantrag so formuliert, dass wir die Stunden von 33 auf 30 reduzieren und den zweiten Satz dieses Absatzes streichen.

WAHLMÜLLER (S. V. P.): Wenn man dem vorgeschlagenen Abänderungsantrag gemäss die Zahl der praktischen Unterrichtsstunden der Direktorinnen der Haushaltsschulen von 33 auf 30 Wochenstunden reduziert, haben sie immer noch mehr Unterrichtsstunden als die anderen Lehrkräfte, nämlich 30 Wochenstunden praktischen und 4 Stunden theoretischen Unterricht: das sind insgesamt 34 Wochenstunden. Eine Lehrkraft an der Haushaltsschule dagegen darf gemäss Art. 13 nicht zu mehr als 30 Unterrichtsstunden pro Woche herangezogen werden, während die Direktorin, ausser der übrigen im Art. 10 vorgeschriebenen Direktionstätigkeit, zu 34 Stunden verpflichtet wird.

Man kann die 34 Wochenstunden Unterricht für die Direktorinnen nicht aufrecht erhalten, ausser man setzt durch Art. 13 fest, dass auch die Lehrkräfte an den Haushaltsschulen mehr Stunden als die übrigen zu absolvieren haben.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento sostitutivo del terz'ultimo comma a firma degli Assessori Ziller e Brugger del seguente tenore: « *Le direttrici delle scuole di economia domestica hanno l'obbligo di assumere 30 ore settimanali di insegnamento pratico ed almeno 4 ore settimanali di insegnamento teorico* ». Stralciare l'ultima proposizione.

Qualcuno chiede la parola su questo emendamento?

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Herr L. Abg. Wahlmüller bezieht sich auf den zweiten Absatz des Artikels 13, wenn ich nicht irre, wo als Maximum 36 und 30 Stunden praktischer Unterricht vorgesehen sind.

WAHLMÜLLER (S. V. P.): Insgesamt nur 30 Stunden Unterricht.

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Nein, nein, das geht schon mit den vier Stunden noch dazu.

WAHLMÜLLER (S. V. P.): Ich glaube am besten formuliert man das so: « *Le direttrici delle scuole di economia domestica hanno l'obbligo di assumere le ore settimanali secondo il terzo comma dell'art. 13* »; das heisst, sie werden sonst als technisch-praktische Lehrkräfte eingestuft. Die Lehrkräfte müssten sonst weniger Stunden machen als die Direktorin. Das ist mir nicht klar.

PRESIDENTE: Qualcun altro che prende la parola sull'emendamento? Nessuno. Presenta un emendamento allora, Dott. Wahlmüller?

E' stato presentato un altro emendamento a firma Wahlmüller e Nardin del seguente tenore: « *Le direttrici delle scuole di economia domestica hanno l'obbligo di assumere le ore di insegnamento secondo il 3° comma dell'art. 13* ».

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): An sich kommt dieser Abänderungsantrag, der kürzer ist als der Wortlaut, der nach dem Entwurf der Kommission vorgesehen ist, dem gleich, was hier enthalten ist, denn 30 plus 4 sind 34 Stunden bei den Direktorinnen. Ich möchte die Direktorinnen eigens erwähnen, um sie auf Grund dieses Hinweises nicht mit den „insegnaanti tecnico-pratici“ gleichzustellen. Ich möchte sie in ihrer Dienststellung nicht auf ein und dasselbe Niveau bringen, sondern eine gesonderte Bestimmung einführen, die zufällig mit dem Höchstausmasse der Stunden der technisch-praktischen Lehrkräfte übereinstimmt. Eine Trennung der beiden ist meines Erachtens schon deswegen notwendig, weil man sonst den Eindruck bekommt, dass die Direktorinnen der Schulen mit den technisch-praktischen Lehrkräften gleichgestellt werden. Sie haben dieselben Verpflichtungen, wie sie aus dem dritten Absatz des Art. 13 hervorgehen, sind aber in einer absolut anderen Dienststellung. Deswegen möchte ich ersuchen, dass der Kollege Wahlmüller, unter Berücksichtigung dieses Umstandes, seinen Antrag zurückzieht, weil der Antrag des Ausschusses bezüglich der Belastung auf dasselbe Ausmass kommt und hinsichtlich der Dienststellung doch eine Differenzierung besteht.

WAHLMÜLLER (S. V. P.): Zu den Ausführungen des Assessors Brugger möchte ich folgendes bemerken: Im dritten Absatz des Art. 13 heisst es: „*Gli insegnanti tecnico-pratici di cui alla lettera d) del secondo capoverso dell'art. 2 della presente legge sono tenuti ad un servizio complessivo di 36 ore settimanali, con un orario d'obbligo per l'addestramento pratico degli alunni da 24 a 30 ore settimanali*“. Das heisst also, dass sie nur verpflichtet sind, bis zu 30 Stunden Unterricht zu geben: Minimum 24, Maximum 30 Stunden. Dazu kommen noch 6 Stunden, die allem Anschein nach — hier ist nichts gesagt — in diesen „servizio complessivo“ hineinfallen. Diese 6 Stunden sind vermutlich Vorbereitungs- und Laboratoriumsarbeiten oder sonstiges. Sonst ist es nicht klar, was die 36 Stunden „complessivi“ sind. Das sind wahrscheinlich andere Arbeiten, d.h. sie müssen anwesend sein, wenn die Schüler die Werkstätten aufräumen usw. Sie können also bis zu 36 Dienststunden herangezogen werden. Dort steht aber 24 bis 30 Unterrichtsstunden, während im Text, der vom Assessor vor-

geschlagen worden ist, nicht ein Minimum von 24 Stunden vorgesehen ist, sondern 30 Stunden praktischer Unterricht und 4 Stunden theoretischer Unterricht. Das sind 34 Stunden Unterricht. Dabei hat die Direktorin vermutlich darüberhinaus noch einen Dienst, der mit der Direktion zusammenhängt, der also noch über die 36 Stunden hinausgeht. Wenn ich sage, sie muss 24 bis 30 Stunden praktischen Unterricht halten, dann kann ich sagen, eine solche Direktorin unterrichtet je nach der Grösse des Institutes 24 Stunden und der Rest von 12 Stunden fällt auf ihre Tätigkeit als Direktorin. Jede Assistentin hat ein Minimum von 24 Stunden, während die Direktorin ein Minimum von 30 Stunden praktischen Unterricht hat. Da sehe ich nicht eine Besserstellung der Direktorin, sondern eine Schlechterstellung.

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Es heisst nicht, dass eine Direktorin deswegen, weil sie mehr Unterrichtsstunden hat, schlechter gestellt ist als eine untere Hilfslehrkraft. Wir müssen uns doch daran erinnern, dass die Gehaltsbezüge und die Dienststellung, die die Direktorin hat, auch etwas ausmachen. Man darf nicht immer demjenigen das höhere Gehalt zahlen, der weniger Unterricht hält. Weil wir eine andere Stundenvorschreibung haben, können wir nicht sagen, dass wir die Direktorin schlechter behandeln. Wir müssen aber erklären, dass eine Direktorin neben ihren Arbeiten eine angemessene Anzahl von Unterrichtsstunden theoretischer und praktischer Natur haben muss; dafür ist sie Direktorin und hat eine entsprechende Entlohnung.

PRESIDENTE: Qualcun altro che prende la parola su questo emendamento? Nessuno.

Metto in votazione l'emendamento dell'Assessore Wahlmüller e del consigliere Nardin. E' un emendamento all'emendamento Ziller-Brugger: l'emendamento è respinto.

Metto in votazione l'emendamento sostitutivo del terz'ultimo comma di Ziller-Brugger: « *Le direttrici delle scuole di economia domestica hanno l'obbligo di assumere 30 ore settimanali di insegnamento pratico ed almeno 4 ore settimanali di insegnamento teorico* ».

L'emendamento è approvato.

Vorrei fare presente che nel penultimo comma c'è un errore materiale. Qui c'è scritto « di cui all'art. 15 » invece di « di cui all'art. 13 ». Prego i signori consiglieri di modificare questo errore materiale.

La parola al consigliere Nardin.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Scusate se mi lego adesso alla discussione svolta una settimana fa; è il guaio delle discussioni che si spostano di settimana in settimana. Mi pare di aver fatto presente l'altra volta che qualsiasi rapporto d'impiego potrebbe dar luogo, interpretato in una certa maniera, ad un rapporto comunque d'impiego, di attività tra un insegnante ed una società privata, cioè una prestazione d'opera corrisposta. Però un domani, in caso di contestazione, questo personaggio ipotetico potrebbe dire: io non ho un rapporto di impiego definito legalmente, io svolgo un certo lavoro, vengo retribuito, ma questo non significa un rapporto d'impiego. Il rapporto d'impiego presuppone la osservanza di certe regole che sono ben definite, cioè l'assunzione, la corresponsione di un quid e tanti altri obblighi. Una prestazione saltuaria, una collaborazione ad esempio, potrebbe anche essere non definita un vero e proprio rapporto d'impiego. Mi capite? Quindi bisognerebbe precisare in questo senso che è comunque interdetto l'esercizio della libera professione, del commercio, dell'industria e di qualsiasi attività per conto di altri enti o privati. In questo senso si esclude in maniera categorica qualsiasi ipotesi di prestazione d'opera corrisposta da parte di qualche dipendente, in questo caso illecita, perchè lo spirito della legge è chiaro. Quindi io vorrei proporre alla Giunta questo testo per migliorare quello attuale.

BENEDIKTER (Assessor für Volkswohnbau und Raumordnung - S.V.P.): Es geht darum, dass diese Bestimmung mit der Vorschrift der allgemeinen Personalordnung koordiniert bleibt, denn sie müsste ja an sich nur hier wiederholt werden, um zuzulassen, dass dieses leitende Personal durch eine eigene Ermächtigung des Landesausschusses ausnahmsweise Unterrichtsaufträge und Privatstundenaufträge übernehmen kann.

Im übrigen bleibt es also bei der Norm des Art. 56 der Personalordnung, wo es heisst: „*Das Landespersonal darf keinen Handel, kein Gewerbe und keinen freien Beruf ausüben, noch in ein Arbeits- oder Beamtenverhältnis in Abhängigkeit von Privaten eintreten oder Ämter in mit Gewinnabsichten errichteten Gesellschaften annehmen.*“ Wennschon, gläube ich, müssen wir uns daran halten. Nach meiner Ansicht deckt sich „rapporto d'impiego“ mit „rapporto di lavoro“. Es ist nicht notwendig, beides zu wiederholen. Jedenfalls ist gemeint, dass diese grundsätzliche Bestimmung wiederholt wird, soweit nicht die Ausnahme gilt.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Non sono d'accordo su questa proposta, cioè quella di richiamare la norma già contenuta nella legge sull'ordinamen-

to del personale anche per chiara analogia — si tratta di personale, seppure di altro settore, dipendente dall'Amministrazione provinciale — perchè quella considera un po' tutta l'ipotesi. Questa, a mio parere, potrebbe dar luogo a interpretazioni restrittive perchè, guardate, che una cosa è rapporto d'impiego, altra invece è prestazione d'opera che è variamente classificata in confronto al rapporto d'impiego. Non è che il rapporto d'impiego consideri tutto, perchè il rapporto d'impiego significa l'osservanza di determinate norme; la prestazione d'opera invece può essere variamente interpretata. Caro Brugger, Ti pregherei di consultare un sindacalista; Ti farebbe una dotta lezione al riguardo circa la distinzione tra il rapporto d'impiego, la prestazione d'opera variamente intesa e, quindi, la possibilità di interpretare in un senso o nell'altro questo rapporto d'impiego che non è, mi pare, complessiva di tutta questa dizione, anche se prima si parla di libera professione, del commercio ecc. Anche un sindacalista potrebbe farTi una dotta lezione in ordine alla libera professione ed in ordine alla prestazione d'opera. La libera professione, tecnicamente e anche giuridicamente, deve essere classificata in determinati anni, perchè non si può chiamare libera professione, ad esempio, il lavoro di un bidello di una scuola. Quindi, scusatemi se ho voluto precisare questo, ma credo che invece la dizione già contenuta nella legge sull'ordinamento del personale consideri un po' tutta la gamma dell'ipotesi.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento all'ultimo comma dell'art. 11 a firma della Giunta, del seguente tenore: « *In deroga all'art. 56 della legge provinciale 3.7.1959, N. 6 la Giunta provinciale può autorizzare caso per caso il personale direttivo di assumere incarichi di insegnamento, di dirigere altri istituti e di impartire lezioni private* ».

Chiede qualcuno la parola su questo emendamento? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

Qualcuno chiede ancora la parola sull'articolo? Nessuno. Metto in votazione l'articolo emendato: approvato all'unanimità.

Riprendiamo la discussione sull'art. 9 che era rimasto in sospeso nell'ultima seduta. All'art. 9 c'era l'emendamento del consigliere Nardin che proponeva lo stralcio dell'ultimo comma.

E' stato presentato un emendamento sostitutivo all'ultimo comma da parte di Benedikter, Floreschy, Magnago, Volgger, Plaikner, Schatz e Mayr, che è un emendamento all'emendamento Nardin, ed è del seguente tenore: « *All'attività tecnica degli istituti, scuole e corsi sovrintende l'Assessore*

competente per materia. Le norme occorrenti per il coordinamento sono stabilite nel regolamento di esecuzione della presente legge ».

NARDIN (Segretario - P. C. I.): E' la Giunta che presenta questo emendamento?

MAGNAGO (Präsident L. A. - S. V. P.): An Stelle des letzten Absatzes, der sagt „*Alla vigilanza sull'attività amministrativa e tecnica degli istituti, scuole e corsi provvede l'Assessorato competente per materia*“ würde es jetzt heissen: „*All'attività tecnica degli istituti, scuole e corsi sovrintende l'Assessore competente per materia. Le norme occorrenti per il coordinamento sono stabilite nel regolamento di esecuzione della presente legge*“.

Welcher Unterschied ist zwischen dem ersten und dem zweiten Text? Im ersten Text hat man von „*attività amministrativa e tecnica*“ gesprochen. Der Text, der nun vorgeschlagen wird, spricht nur von „*attività tecnica*“ und nicht mehr von „*attività amministrativa*“.

Zweiter Unterschied: Während im alten Text „*provvede l'Assessorato competente*“ gestanden ist, heisst es jetzt „*sovrintende l'Assessore competente*“.

Dritter Unterschied: Hier ist zur Koordination dieses Artikels und zur besseren Erklärung des Begriffes „*attività tecnica*“ ein „*regolamento di esecuzione*“ zu diesem Gesetz vorgesehen.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Una certa differenza c'è, ma fino ad un certo punto. Cosa significa sovrintendere? Addirittura si peggiora il verbo „vigilare“. Sovrintendere significa praticamente peggiorare il testo di prima, perchè „vigilanza“ sappiamo che ormai non consente una ingerenza totale da parte dell'ente che vigila nei confronti del vigilato. La Giunta provinciale vigila in materia di Comuni. Sappiamo che può fare parecchio al riguardo, però non può andare oltre certi limiti in questa sua attività di vigilanza, in quanto deve rispettare i principi di una certa autonomia comunale e così pure per quanto riguarda tutta l'attività di vigilanza. Vigilare quindi significa non una totale ingerenza, sovrintendere invece sì. Proprio l'interpretazione di questo verbo consente la piena ingerenza di un Assessorato in un determinato settore nel quale si svolge questa sovrintendenza. Quindi voi forse avete scritto questo emendamento, pensando di attenuare il termine « vigilanza ». Per conto mio voi l'avete peggiorato perchè sovrintendere significa consentire una totale ingerenza, in questo caso in campo tecnico, nel settore che ci si propone di sovrintendere. Prima osservazione. Osservazione che viene così spon-

tanea perchè noi siamo nelle condizioni non di aspettare una settimana per elaborare un testo, ma di dover esprimerci in pochi minuti dopo averlo sentito.

Seconda osservazione. „In campo tecnico” si dice, e non „in campo amministrativo”. Anzitutto questa sovrintendenza comporta l'ingerenza totale, mentre prima era una vigilanza.

Questa totale ingerenza nel campo tecnico in un settore di istruzione professionale, comporta implicitamente — inutile che vogliamo distinguere con le parole — una totale ingerenza anche nel campo didattico. Ma come fate Voi a distinguere la parte didattica dalla parte tecnica in un istituto professionale? C'è forse una didattica pura, distinta in un istituto professionale dall'istruzione tecnica, dal campo tecnico? Ma queste cose sono delle invenzioni astruse. Ve l'ho detto anche l'altra volta: la didattica pura la inventate voi. Ma siete come coloro che ricercavano la pietra filosofale, scusate un po', perchè buttate lì dei termini tanto per mascherare la chiara volontà, invece di volere mantenere integra la prerogativa per certi Assessorati nei confronti di certi settori della scuola. Quindi sovrintendere significa totale ingerenza nel campo tecnico. In questo senso si peggiora la dizione dell'altra volta che prevedeva la vigilanza. In questo senso si invade totalmente la sfera didattica di questi istituti o scuole professionali. Questo è inammissibile. E' inammissibile perchè nelle scuole ci deve essere una certa autonomia e, come dissi l'altra volta, questo del resto è una rivendicazione generale del mondo della scuola. Si deve stabilire attraverso norme chiare quali sono i diritti e i doveri del corpo insegnante, la scala gerarchica e i principi in base ai quali si deve ispirare l'insegnamento. Poi deve essere l'insegnante ad esprimere se stesso all'interno di queste regole di queste leggi. Il suo lavoro e il suo servizio potranno essere controllati ed osservati dalle gerarchie previste all'interno del settore scolastico, ma noi come potere esecutivo, potere politico, non dobbiamo assolutamente ingerirci, se non per quello che spetta ad un'amministrazione provinciale in ordine alle decisioni circa lo sviluppo dell'istruzione, circa le attività tali da consentire la creazione del miglior ambiente perchè si possa svolgere l'istruzione professionale in senso aderente alle necessità economiche, sociali ecc., ma in primo luogo osservando l'autonomia del mondo scolastico, signori. Ora questo non viene rispettato da queste norme che voi proponete.

Ed è strano, sapete, colleghi, che quando si parla della partitocrazia si senta parlare diritto e rovescio. Naturalmente c'è chi fa di questo un cavallo di battaglia per dar adosso ai partiti, per

possibilmente annullarli e creare quel famoso sistema democratico dove i partiti non comandino, ma dove comandi qualcosa d'altro. E' una polemica peggiore quella sulla partitocrazia che in genere è vanto delle destre più estreme e di categorie economiche che vorrebbero ancorare l'avvenire del nostro Paese al medioevo anzichè alle esigenze e alle prospettive moderne. Però il rovescio della medaglia è che qualche volta avvengono degli episodi in base ai quali più di uno ha da trarre motivi per lamentarsi di un certo prevalere di tesi politiche all'interno dei partiti che si trasfondono poi anche nei consessi eletti. Signori, io sono convinto, da quello che so così personalmente dai contatti, che la maggioranza del Consiglio è convinta, e ogni consigliere preso a sè stante è convinto, che non dovrebbe esserci questa ingerenza degli Assessorati. Il corpo insegnante attraverso le gerarchie previste da questa legge risponde della sua attività alla Giunta provinciale. La Giunta provinciale d'altra parte ha dei determinati poteri per poter intervenire affinchè la legge sia osservata ed affinchè il contenuto dell'insegnamento in queste scuole sia sempre più aderente alle necessità. Quando ha fatto questo, il corpo insegnante ha fatto il suo dovere e, all'interno dello schema dell'ordinamento del personale, i meriti e i demeriti degli insegnanti verranno giudicati secondo quanto prevede la legge, ma oltre questo non si può andare.

Voi non volete rispettare questo, perchè un Assessorato, parliamoci chiaro, soprattutto vuole mantenere ancorato alcuni settori del mondo della scuola, in ispecie quelli dell'agricoltura, al potere politico discrezionale. Per cui gli insegnanti nelle scuole rurali, avranno i suoi superiori previsti dalla legge e poi avranno un secondo superiore, cioè l'inviato dell'Assessore all'agricoltura che dirà, viene per sovrintendere l'attività tecnica, e come tale diventa un secondo superiore. Del resto non avviene forse così anche oggi? E' chiaro che così avviene anche oggi, per cui c'è la doppia funzione, il funzionario dell'Assessorato dell'agricoltura e gli uomini della scuola. Intendiamoci, non è che io dica che questo è una normalità o altro; è una situazione un po' anormale, magari dettata dalle necessità. Ma purtroppo oggi avviene altrettanto: si vuole mantenere questo stile, questo metodo, questo sistema, e questo è da respingere. Guarda Brugger, mi dispiace che sia il Tuo Assessorato e che Tu sia così tenacemente aggrappato a salvaguardare certe competenze, ma è un discorso questo da farsi in linea di principio e sul piano generale. Da nessuna parte è ammissibile questa ingerenza così modificata nel settore della scuola da parte del potere esecutivo, politico, amministrativo, se non nell'ambito delle leggi, di un ordinamento che noi stia-

mo costruendo attraverso questa legge e che deve rispettare questa necessaria autonomia. L'insegnante insomma deve avere i doveri verso quella gerarchia, verso gli enti da cui dipende, però deve soprattutto potersi esprimere liberamente, autonomamente, senza avere tutti questi impacci tecnico-amministrativi che lo possono menomare.

Scusate, faccio un esempio: io sono insegnante in una scuola tecnica, faccio bene il mio lavoro e vengo giudicato ottimo o buono o quello che sarà dai miei superiori secondo quello che stabilisce questa legge. Capita l'impiegato, neanche il funzionario, l'impiegato o qualcuno estroso, di quelli che incontro ogni tanto quando vengo a parcheggiare la macchina in Provincia, che viene dall'Assessorato Brugger, il quale giudica in un modo tutto diverso le mie capacità, le mie funzioni. Questo impiegato o funzionario, perchè viene una volta ogni tanto o perchè passa così occasionalmente in quanto inviato, non può avere la conoscenza della scuola, dell'ambiente, delle difficoltà, dei sacrifici che magari gli insegnanti fanno, cosa che può invece avere il direttore, l'ispettore che sanno tutto dall'A alla Z da quando si mette in moto una scuola. L'impiegato viene mandato lì un giorno, fa una ispezione, si accerta delle cose e può anche farsi, in buona fede, delle impressioni sbagliate. Basta che trovi quel giorno l'insegnante che sta poco bene o il giorno in cui si verificano certe cose e potrà ricavare, in buona fede, delle impressioni sbagliate. Questo influirà nel giudizio verso quella scuola e verso quell'insegnante quando riferirà all'Assessore, il quale potrà riferire magari in Giunta o assumere degli orientamenti.

Questo è che bisogna evitare. Io vi ho fatto un caso spicciolo, ampiamente possibile, che può avvenire umanamente e in buona fede. Non voglio farvi pensare di tramare sempre, no, in buona fede possono avvenire queste cose. Insomma, questo insegnante deve star lì ad avere timore del superiore e di quello che gli può capitare dall'Assessorato. Ma perchè invogliate in questa maniera a far l'insegnante quando ci devono essere tutti questi padroni più o meno competenti oltretutto a dettare norme, a dargli insegnamenti, a dare giudizi che possono influire sulla sua carriera? Ditemi che nel mondo della scuola questo non avviene mai, è piena di questi fatti, non occorre leggere il maestro di Vigevano che può anche non convincere, ma il mondo della scuola provinciale e statale è pieno di questi fatti. E allora, signori, vogliamo codificarlo per una cupidigia di potere? Lasciate che ve lo dica! Sul piano tecnico-amministrativo e didattico in generale sono le gerarchie, che noi prevediamo con questa legge, che devono rispondere dinanzi all'Amministrazione provinciale del buon

andamento delle scuole, dei corsi professionali e nessun altro! Noi in base all'andamento generale possiamo poi dettare norme, prendere iniziative per il miglioramento dell'attività scolastica, ma non altro. Questo è un sacrosanto principio che deve valere in tutto il Paese.

Quindi è per questo che ho proprio a cuore questa norma, perchè vedo che si vuol scardinare un principio che invece dovrebbe essere più osservato. E' inutile dire, « sovrintendere » invece che « vigilare » perchè peggiora. Rinviamo questo poi al regolamento e togliamolo perchè ho detto già l'altra volta che è in rodaggio tutto questo settore. Parliamoci chiaro, non siamo neanche in grado di formulare le previsioni statistiche in ordine alle tabelle organiche; è un mondo che si assesterà nel giro di alcuni anni. Quindi, vediamo un po' di trovare discrezionalmente, ho fiducia in voi signori, il modo di creare una unità tra Giunta provinciale e queste gerarchie scolastiche che noi prevediamo con questa legge in maniera da poter in questi anni di difficoltà, di rodaggio, di assestamento per meglio dire, mantener unita una certa vigilanza dell'Amministrazione provinciale e la collaborazione del mondo scolastico, ma senza codificare ingerenze di alcun Assessorato. In futuro si vedrà in base alle esperienze, ma codificare norme di questo genere, no da ogni punto di vista.

Del resto, mi pare, che anche il personale — io credo di conoscere al massimo due o tre insegnanti in Alto Adige appartenenti a queste scuole professionali, non di più, e non ho mai parlato di cose di questo genere — ci invii qua memoriali e così via.

Sull'art. 9 proprio in questi giorni abbiamo ricevuto un promemoria che è importante:

« Oggetto: osservazione al disegno di legge n. 140. Per quanto riguarda l'art. 9, ultimo comma, del disegno di legge: « Ordinamento del personale addetto all'istruzione professionale ». Abbiamo già espresso le nostre riserve nel promemoria del dicembre 1963. Ci permettiamo tuttavia di esprimere di nuovo il nostro modesto parere, senza volerci intromettere nella discussione in corso.

1) L'ultimo comma dell'art. 9 è in contraddizione con il comma 2 che dice: « L'ispettore sorveglia il funzionamento delle scuole ». Al funzionamento di una scuola appartiene decisamente anche l'attività amministrativa e soprattutto l'attività tecnica, riservata all'Assessorato competente per materia.

2) Ed è anche in contrasto con l'art. 21 che dice: « I segretari-economi attendono, secondo le istruzioni dell'ispettore all'istruzione professionale, rispettivamente dei presidi, emanate d'intesa con il capo ripartizione finanze e patrimonio, alla compilazione dei bilanci e dei rendiconti ed a tutte le al-

tre attribuzioni conferite loro dalla legge e dai regolamenti». Il capo dell'amministrazione delle scuole professionali riceve dunque secondo questo articolo le sue disposizioni dall'ispettore e non dagli Assessorati competenti per materia.

3) I direttori, secondo l'art. 10, sono responsabili per il buon andamento didattico, educativo, amministrativo e disciplinare del loro istituto. Da chi ricevono dunque essi le loro disposizioni tecnico-amministrative? Dal loro ispettore o da un impiegato dell'Assessorato competente?».

Sono osservazioni che abbiamo fatto, se vi ricordate, prima di ricevere questo promemoria, nella scorsa seduta. Il direttore in tal senso verrebbe a trovarsi tra due morse, poichè le singole competenze nelle scuole tecniche, e tali devono considerarsi tutte le scuole professionali, non possono essere mai completamente scisse. L'abbiamo detto anche noi, non essendo uomini della scuola, queste cose la volta scorsa. Il modello degli istituti professionali di Stato: la scuola è un'unità amministrativa completamente indipendente e non sottostà ad alcun apparato amministrativo. Questi istituti hanno infatti un proprio consiglio di amministrazione, cui il preside appartiene in qualità di segretario e gli altri membri del consiglio di amministrazione non sono impiegati dello Stato, ma operatori economici qualificati in rappresentanza dei genitori. Ogni anno il consiglio d'amministrazione compila il preventivo del bilancio che viene inviato a Roma per l'autorizzazione. I mandati di pagamento vengono firmati dal presidente del consiglio d'amministrazione, dal preside e dal segretario economo. Non sarebbe consigliabile anche per noi una simile soluzione?

Io sono contro questa proposta, perchè preferisco gli istituti così ordinati. Nel nostro caso a questo consiglio d'amministrazione dovrebbero appartenere gli ispettori che dopo aver avuto appocchi con i direttori delle singole scuole sono in grado di conoscere le necessità delle singole scuole. Queste le osservazioni di fondo. Partire con una legge tanto attesa, ma fatta in questo modo, significa inimicarsi quasi la categoria degli insegnanti. Perchè dobbiamo fare una cosa di questo genere quando a nessun Assessorato mancherà l'occasione di poter far valere il giusto diritto di critica, di osservazione, di iniziativa, però non in maniera diretta, ma attraverso la gerarchia prevista da questa legge?

Prendiamo l'Assessore Brugger ad esempio; scusi Brugger se prendo Lei come esempio, ma mi pare che Lei sia l'esempio più esemplare al riguardo. C'è la relazione al Presidente della Giunta provinciale. Il Presidente della Giunta provinciale non credo che faccia tesoro personale e se la porti a casa in

cassaforte questa relazione; no, sottoporrà all'attenzione della Giunta questa relazione che può essere annuale, mensile, trimestrale, deciderete voi come la devono fare. Ogni Assessore ha in quell'occasione e in qualsiasi altro momento la possibilità di far conoscere i propri intendimenti, le proprie osservazioni, le proprie proposte in ordine alla conduzione, alla organizzazione scolastica, in ordine all'insegnamento e a tutto il funzionamento della scuola. Come lo farà? Andando direttamente? No! Lo farà chiamando l'ispettore o scrivendo all'ispettore; in tutte le maniere potrà farlo, rivolgendosi a chi di dovere: lo potrà fare tramite il Presidente della Giunta provinciale, soprattutto, che è il diretto superiore, e direi che è l'Assessore incaricato all'uopo. Avete mille maniere per poter esercitare questa sorveglianza, sovrintendenza, vigilanza ecc., ma sempre rispettando la regola, il principio di questa autonomia all'interno dell'ordinamento scolastico che noi stiamo discutendo.

Per cui riflettete prima di varare una norma, che tra l'altro peggiora quella precedente, peggiora decisamente, perchè non ditemi che sovrintendere non significa qualche cosa di peggio che vigilare, ed è anche contraddittoria in quanto sia all'ispettore, ai direttori ecc. viene assegnata la prerogativa, praticamente, di dirigere in toto la scuola, e in toto significa anche le attività tecniche. Nessun altro deve ingerirsi al riguardo. Non si possono creare troppi padroni in una scuola, perchè va già troppo male la scuola con tutti i padroni che ci sono. Non dobbiamo crearne troppi anche noi, perchè in questa maniera non si potrà far sì che il personale insegnante, nella sua autonomia, possa anche migliorare sempre più le proprie capacità di insegnamento. Quindi per questa ragione io sono decisamente contrario.

Se verrà varata una norma di questo genere ovviamente bisognerà che io rifletta, e credo di non essere il solo, il voto da dare ad una legge che contenesse una norma come quella proposta anche poc'anzi dalla Giunta provinciale. La maggioranza di noi è convinta che questa norma non dovrebbe esserci. Quante cose non abbiamo sentito, così parlando tra di noi nel corso di quest'ultimi tempi, e invece basta che lo voglia qualche Assessore, qualche settore politico, per inchinarsi torto collo a votare favorevolmente. Questi sono i mali di certe ingerenze politiche, cioè sono i pedaggi che si devono pagare alla democrazia, però io prima di deporre nell'urna un sì o un no non convinto ci penso su due volte, e non sarebbe un Assessore Brugger a convincermi a fare il contrario.

AVANCINI (P. S. D. I.): L'emendamento presentato dalla Giunta indubbiamente migliora in parte l'ultimo comma dell'art. 9 che è in discus-

sione. Tuttavia rimane ancora il compromesso lamentato nell'ultima discussione, una settimana fa, che ha messo in un certo imbarazzo anche la maggioranza ed è stato manifestato espressamente anche da qualche consigliere della maggioranza. E' il compromesso, che ha consigliato il consigliere Nardin e me, di presentare quell'emendamento per eliminare l'ultimo comma dell'art. 9.

Indubbiamente l'attività tecnica è preminente rispetto all'attività amministrativa in una scuola, e l'emendamento presentato dalla Giunta costituisce ancora un grave pregiudizio per la libertà di insegnamento. Ora, francamente e semplicemente, così terra-terra proprio, come si dice, anche come insegnante io non riesco a comprendere cosa significhi la sovrintendenza dell'Assessore o dell'Assessorato competente in questioni tecniche quando il secondo comma dell'art. 9 dice: « *L'ispettore sovrintende o sorveglia il funzionamento delle scuole e dei corsi e vigila mediante ispezioni sul regolare andamento didattico* ». Ora, il comma proposto dalla Giunta o l'ultimo comma di questo articolo è una palese diminutio capitis dell'ispettore.

Chi è che sovrintende, che sorveglia. E' l'ispettore, è l'Assessore o è l'Assessorato competente? Questa ingerenza da parte del potere politico in una materia che riguarda esclusivamente il funzionamento interno della scuola è semplicemente inammissibile. Questo è un gravissimo pregiudizio alla libertà di insegnamento, perchè questi insegnanti che cercano di compiere il proprio dovere devono pur sapere a chi devono rispondere, devono sapere quale è la loro precisa gerarchia, non devono essere sempre lì con il timore, con la paura che arrivi l'Assessore o che arrivi il funzionario dell'Assessorato più o meno conosciuto o più o meno competente per ingerirsi in quello che è il normale funzionamento della scuola. I direttori e i presidi di queste scuole, previsti dall'art. 10, che cosa fanno, quali attribuzioni, quali competenze precise hanno, quando da un momento all'altro può arrivare il potere politico, non dico l'Assessore, ma un funzionario dell'Assessorato per dire a quel tale direttore o a quel tale ispettore « così le cose non vanno, bisogna fare così, bisogna fare colà » o peggio ancora? Mentre l'insegnante sta svolgendo la sua opera entra un estraneo qualsiasi, mandato dall'Assessore, e si ingerisce in quello che è la sua attività tecnica propriamente detta. Io dico che questa è una questione di principio importantissima e fondamentale. Se la Giunta insisterà nel mantenere questa dizione, o un emendamento che non elimini questo compromesso, questo pregiudizio, io voterò contro a tutta la legge.

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Wir besprechen hier ein Thema, das nicht nur bei uns, sondern auch anderswo bereits grosse Wellen geschlagen hat. Man muss, zum Beispiel, zugeben, dass bei den Dekreten über die Einrichtung von Berufsinstituten in Italien einleitend meistens geschrieben steht: „Il Ministro della Pubblica Istruzione d'intesa con il Ministro di competenza“.

Auch auf nationaler Ebene, glaube ich, ist es auf Grund dieses beiderseitigen Interesses, einerseits der Schule und andererseits der betreffenden Fachabteilungen, vorgekommen, dass Schwierigkeiten besonders bei der Organisation der Berufsschulen entstanden sind. Dazwischen stehen natürlich die Lehrkräfte. Ich bin mir dessen wohl bewusst. Wenn man heute den Landtag auf seine Zusammensetzung in beruflicher Hinsicht überprüft, wundert man sich eigentlich nicht, dass das Prinzip der Autonomie der Lehrkräfte überall so hoch gehalten wird. Man braucht dazu nur die berufliche Ausbildung dieses Kollegiums zu berücksichtigen.

Sicherlich ist eine Autonomie der Lehrkräfte erforderlich und ich bin in dieser Hinsicht durchaus mit dem einverstanden, was die Vorredner gesagt haben. Die Lehrkräfte brauchen einen entsprechenden Status, der ihnen die Lehrfreiheit garantiert, die verfassungsrechtlich verankert ist und ihnen zuteilen soll. Ausgerechnet bei den Berufsschulen kommen wir zur Diskussion über dieses heikle Thema. Dabei müssen wir feststellen, dass die meisten Lehrkräfte in den Berufsschulen nicht von Anfang an den Lehrerberuf ergriffen haben, sondern dass man in Berufsschulen und Berufsinstituten für technische Unterrichtsgegenstände wohl immer Fachkräfte und Techniker einsetzt, die von Beruf keine Lehrer sind. Sowohl im In- als auch im Auslande haben wir an den landwirtschaftlichen Berufsschulen und Berufsinstituten kaum fachliche Lehrkräfte, sondern meist Agrartechniker, Agrarakademiker. Ich gebe zu, dass bei diesen Lehrkräften die pädagogische Vorbildung, die sie durch die Ausbildung mitbekommen haben, vielleicht nicht gerade diejenige ist, welche für einen Lehrer notwendig wäre. Deswegen ist die didaktische Aufsicht über die Lehrtätigkeit des Fachmannes in den technischen Gegenständen absolut richtig. Auf diesem Sektor gibt es eine Auseinandersetzung zwischen „Lehrer“ und „Lehrer als Fachmann“. Diese Auseinandersetzung, die hier im Landtag erfolgt, hat auch schon anderswo stattgefunden. Wenn Sie sich darum bemühen, werden Sie sehen, dass Sie in dieser Hinsicht auch anderswo genügend Unterlagen finden werden.

Die Berufsschule hängt unmittelbar mit dem

betreffenden Fach zusammen, für welches in der Berufsschule die Fachleute vorbereitet werden. Nachdem ich vom Herrn L. Abg. Nardin mehrmals zitiert worden bin, nehme ich den Sektor Landwirtschaft als Beispiel. Durch die Betreuung der Landwirtschaft kann sich der Fachmann ein Bild davon machen, wo die Betriebswirtschaft eines bestimmten Gebietes der Landwirtschaft hinzielt. Er weiss dies aus der Praxis und diese Richtung muss von ihm in der Berufsschule vorgetragen werden. Der Fachmann muss also mit der Praxis in Verbindung stehen. Eine direkte Zusammenarbeit zwischen Fachrichtung und Lehrer ist von ausschlaggebender Bedeutung. Wir haben hier versucht, eine solche Einigung zustandezubringen: Lehrtätigkeit einerseits und fachliche Betreuung durch den Lehrer andererseits.

„Sovrintendere“ ist ein Ausdruck, der sehr stark in die Autonomie der Berufsschullehrkräfte einschneidet. Man kann vielleicht die Seite, welche die Lehrtätigkeit betrifft, mit dem Wort „vigilare“ abtun, aber zwischen dem Lehrer, der für die Schule da ist und dem Lehrer, der für die Praxis da ist, also zwischen demjenigen, der die theoretische Seite betreuet und demjenigen, der die Schüler für die Praxis vorbereitet, muss ein Zusammenhang bestehen. In diesem Sinne möchte ich gerade dieses Thema des Zusammenhanges zwischen Praxis und Theorie in der Berufsschule als besonders schwierig aufzeigen. Ich glaube, dass wir hier irgendeinen Zusammenhang herstellen müssen, weil zwischen praktischer Tätigkeit und Entwicklung des betreffenden Wirtschaftszweiges, für welchen die Kräfte in der Berufsschule vorbereitet werden, unbedingt ein Zusammenhang vorhanden sein muss, da die Ausbildung in der betreffenden Schule die Grundlage für eine gute Entwicklung in der Praxis darstellt.

Ich wollte noch auf eine Frage zurückkommen, die vielleicht eine kurze Klärung hinsichtlich der Befürchtung einer zu starken Abhängigkeit vom Fachassessorate gibt. Es ist notwendig, dass der Fachlehrer auf den Berufs- bzw. Fachschulen nicht nur Unterricht hält, und in diesem Gesetze haben wir dies auch verankert, sondern dass er auch praktische Beratungen auf dem technischen Fachgebiet erteilt, in welchem er unterrichtet. Diese Beratung muss von jener Seite aus gelenkt werden können, welche für die Praxis und für die Entwicklung des betreffenden Wirtschaftssektors verantwortlich ist. Auf Grund der Absicht, welche dieser Formulierung zugrunde liegt, dass dem Assessor die Möglichkeit vorbehalten wird, die auserschulische Tätigkeit der betreffenden Fachkraft hinsichtlich der praktischen Beratung in den einzelnen Betrieben regeln zu können und weil

man sieht, dass dieses Zusammenwirken zweier Kräfte schwer ist, ist eine Verordnung seitens des Landesausschusses vorgesehen, die eine möglichst klare Regelung trifft. Das soll aber keine Beschränkung der Autonomie der Lehrkräfte darstellen. Man bedenke dann noch, dass in diesen Berufsschulen auch Nicht-Fachlehrkräfte unterrichten, Lehrkräfte für allgemein bildende Gegenstände. Diese Lehrkräfte interessieren die Fachassessorate nun ganz und gar nicht und bleiben auch durch diese Fassung hierarchisch vollkommen dem betreffenden Berufsschulinspektor unterstellt.

Man bedenke dann zu guter Letzt, dass die Verantwortung für das Ergebnis in den Berufs- und Fachschulen nicht der Berufsschulinspektor trägt. Er ist Personalchef der Lehrkräfte, auch der Fachlehrkräfte. Die endgültige Verantwortung für das Funktionieren dieser Berufsschulungsstätten wird bei unserer Verwaltungsregelung jederzeit dem Landesausschuss übertragen. Man möge deswegen einem Mitgliede dieses endgültig verantwortlichen Organes wenigstens die Genehmigung erteilen, dass es die Tätigkeit in seinem Ressort, die in der Schule von besonderer Bedeutung ist, auch irgendwie überwachen kann. Ich glaube, dass wir hier nicht etwas verlangen, was, sagen wir, von politischen Hintergründen getragen wird oder von anderen Erwägungen, wie es Herr L. Abg. Nardin bei dieser Formulierung hier vermutet. Einerseits besteht das Bestreben nach Zusammenarbeit der Berufsschule mit den schulischen Behörden, denen die Lehrkräfte unterstehen, andererseits aber nach Zusammenwirken mit den Leuten, die für die Förderung jenes Sektors verantwortlich sind, mit dessen Betreuung sie vom Landesausschuss beauftragt wurden.

PRESIDENTE: Sono stati presentati altri due emendamenti sostitutivi all'ultimo comma.

Il primo, a firma di Schatz e Volgger, è del seguente tenore: « *Sull'attività tecnica degli istituti, scuole e corsi vigila anche l'Assessore competente per materia, il quale sovrintende all'attività extrascolastica di assistenza e consulenza tecnica. Le norme occorrenti per il coordinamento sono stabilite nel regolamento di esecuzione alla presente legge* ».

Il secondo emendamento di Nardin, Avancini e Nicolodi è del seguente tenore: « *Alla preparazione tecnico-professionale, all'attività tecnica extrascolastica degli insegnanti l'ispettore provvede d'intesa con gli Assessori competenti per materia* ».

Il primo firmatario del primo emendamento lo vuole illustrare? La parola al consigliere Schatz.

SCHATZ (S. V. P.): Meine Herren Kollegen! Das Thema, mit dem wir uns hier befassen, ist

sicherlich ein sehr heikles Thema. Die Kollegen, die vor mir gesprochen haben, haben vielleicht das ganze Thema zu viel dramatisiert. Der Kollege Nardin hat gesagt, dass die Autonomie der Schule irgendwie in Gefahr wäre und daher im Falle der Genehmigung dieses Antrages durch den Landtag auch seine Zustimmung zum ganzen Gesetz in Frage gestellt wäre, obwohl er im grossen und ganzen einverstanden ist. Auch der Kollege Avancini hat irgendwie dieselben Bedenken zum Ausdruck gebracht. In der Zwischenzeit haben wir den zuständigen Assessor Brugger zur Frage gehört. Ich glaube, unser Antrag — vom Kollegen Volgger und von mir — gibt den Gedanken wieder, den er vorgebracht hat. Mit Recht sagt er, dass in bezug auf die praktische Ausbildung doch eine Verbindung zwischen dem Landesinspektor und dem zuständigen Fachassessorat bestehen sollte. Ich glaube, diesbezüglich müssen wir doch alle zugeben, dass diese Verbindung zwischen dem Fachassessorat und dem Landesschulinspektor bestehen muss. Mit diesem Abänderungsantrag, den der Kollege Volgger und ich eingebracht haben, glauben wir, das erreicht zu haben. Ich weiss nicht, was der Assessor Brugger und der Assessor Fioreschy zu diesem Abänderungsantrag sagen. Es handelt sich hier nicht nur um rein theoretische Schulen, sondern um praktische Fachschulen, für welche letzten Endes sicherlich die Landesregierung und für sie das zuständige Fachassessorat verantwortlich ist.

Was die ausserschulische Betreuung, die Betriebsberatung usw. anbelangt, glaube ich, muss der Assessor auch irgendwie ein Mitspracherecht haben, ja ich möchte sogar sagen, dass er Entscheidungen treffen kann. Deswegen haben wir im zweiten Absatz auch diesen von Assessor Brugger ausgesprochenen Gedanken in Worte gekleidet und gesetzlich verankert. Für die ausserschulische Betreuung soll der zuständige Fachassessor die Oberaufsicht haben, während wir für die praktisch-technische Tätigkeit die sogenannte „Aufsicht“ verankert haben, also „vigila“ und nicht mehr „sovraintende“. Nun heisst es also im ersten Absatz „vigila“ und im zweiten Absatz für die extraschulische Betreuung „sovraintende“.

Die Kollegen Nardin und Avancini haben zum ersten Antrag Dinge geäussert, die darin gar nicht enthalten waren. Sie haben gesagt, dass jeder Beamte des zuständigen Fachassessorats irgendwie dem Landesschulinspektor Weisungen erteilen könnte. Das ist nicht der Fall. Wir sprechen vom Assessor und nicht vom Assessorat wie im Art. 9 des ursprünglichen Textes stand, also „sull'attività tecnica vigila l'Assessore competente per materia“ und nicht „l'Assessorato“. Infolgedessen

hat nicht irgendein Beamter des zuständigen Fachassessorates Weisungsrecht an den Schulinspektor. Damit, glaube ich, den Zweck der Abänderung erläutert zu haben und hoffe, dass unser Antrag — vom Kollegen Volgger und von mir — den von Herrn Assessor Brugger zum Ausdruck gebrachten Gedanken wiedergibt.

PRESIDENTE: Propongo di fare cinque minuti di pausa. Nel frattempo invito i capigruppo con la Giunta a coordinare questi emendamenti.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

E' stato presentato un emendamento a firma di Magnago, Zelger, Benedikter e Fioreschy che sostituisce i quattro emendamenti precedentemente presentati. L'emendamento suona: « *Sull'attività tecnica degli istituti, scuole e corsi vigila anche l'Assessore competente per materia tramite l'ispettore o gli incarichi di cui al 4° comma del presente articolo. L'Assessore competente sovraintende all'attività extrascolastica di assistenza e consulenza tecnica* ».

Se nessuno prende la parola su questo emendamento, metto in votazione l'emendamento: è approvato a maggioranza con due astensioni.

Metto in votazione l'articolo 9: approvato a maggioranza con due astensioni.

Art. 12

Nomina

I presidi ed i direttori sono nominati in seguito a concorso per titoli ed esame.

L'esame consiste in un colloquio su argomenti e materie attinenti alla scuola ed alle funzioni direttive.

Ai concorsi sono ammessi gli insegnanti forniti dei titoli di studio di cui all'art. 5 che abbiano prestato effettivo servizio in qualità di capo d'istituto o di insegnante negli istituti o scuole statali o pareggiate d'istruzione tecnica secondaria o in quelle provinciali per l'istruzione professionale o nelle scuole agrarie e di economia domestica della Provincia per almeno 8 anni e non abbiano superato l'età di 60 anni dalla data della scadenza del termine fissato dal bando per la presentazione delle domande.

Per il posto di preside degli istituti professionali di agricoltura sono ammessi al concorso anche i funzionari di ruolo della Regione e della Provincia che abbiano la laurea specifica e non abbiano superato l'età di 60 anni.

Non sono ammessi ai concorsi i candidati che abbiano subito una sanzione disciplinare superiore

alla censura e non siano stati riabilitati e coloro che nell'ultimo triennio abbiano riportato un giudizio complessivo inferiore a « distinto ».

Qualcuno chiede la parola all'art. 12? Nessuno. Metto in votazione l'art. 12: approvato all'unanimità.

Capo III

Del personale insegnante ed assistente

Art. 13

Obblighi di insegnamento

Gli insegnanti hanno l'obbligo di impartire il proprio insegnamento negli istituti, scuole e corsi professionali entro i limiti orari così stabiliti:

Gli insegnanti di cui ai punti a), b) e c) del secondo capoverso dell'art. 2 della presente legge hanno l'obbligo di insegnamento da un minimo di 18 ore ad un massimo di 24 ore settimanali programmate per anno scolastico.

Gli insegnanti tecnico-pratici di cui alla lettera d) del secondo capoverso dell'art. 2 della presente legge sono tenuti ad un servizio complessivo di 36 ore settimanali, con un orario d'obbligo per l'addestramento pratico degli alunni da 24 a 30 ore settimanali.

Gli assistenti sono tenuti ad un orario complessivo di lavoro di 42 ore settimanali, con un orario d'obbligo da 24 a 30 ore settimanali di assistenza nell'insegnamento.

Al personale insegnante tenuto ad un orario d'obbligo superiore al massimo delle ore settimanali di cui sopra compete per ogni ora eccedente tale misura il compenso previsto dall'art. 35.

Per esigenze di completamento di orario, il personale di cui alla presente legge può essere impiegato in tutti i tipi di istituti, scuole e corsi il cui personale è regolato dalla presente legge.

Gli insegnanti addetti agli istituti, scuole e corsi possono essere anche addetti alla consulenza tecnica.

E' stato presentato un emendamento aggiuntivo della Giunta all'ultimo comma del seguente tenore: « *In tale caso può essere ridotto il minimo delle ore di insegnamento di cui al 2° comma del presente articolo* ».

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Ho visto una certa discussione in Commissione. Gli insegnanti dovranno prendere atto con soddisfazione, penso, che è stata stralciata da parte della Commissione quella norma che prevedeva la sostituzione, senza diritto a particolare compenso, anche in eccedenza ai suoi normali obblighi di lavoro da parte del

personale insegnante, dei colleghi assenti per un periodo non superiore ai 6 giorni, perchè era veramente iugulatoria una norma di questo genere. Era un capolavoro di socialità! Comunque è stato stralciato e devono tener conto quindi di questo gli insegnanti.

Io sono d'accordo con questo emendamento proposto, ma vorrei una precisazione: bisognerebbe che, se io vengo adibito ad attività extrascolastiche, consulenza o altre cose, per un certo numero di ore, quel tanto mi venga scalato dalle ore d'obbligo, perchè mi pare che questo sia formulato solo genericamente. Ad un bel momento, Assessore Brugger, c'è, supponga, una particolare situazione, diciamo, in una zona dell'Alto Adige, dove occorre intervenire con uomini capaci ecc., e possono essere adibiti a queste consulenze extrascolastiche due, tre insegnanti, perchè c'è la necessità che avvenga questo. Questa occupazione extrascolastica comporta magari, in ipotesi, ore e ore, giornate, insomma, perciò quelle ore che presto in queste attività mi devono venir scalate dai miei obblighi scolastici; non che magari svolgo cinque ore in attività extrascolastiche e poi mi vengono computate due agli effetti dello scalo. No, ci dovrebbe essere proprio questo scalo delle ore per le attività extrascolastiche dalle ore di attività prescritte per l'insegnamento. Ora, io vorrei una precisazione al riguardo perchè sia equamente regolata un domani quest'attività scolastica ed extrascolastica.

Il personale insegnante ci ha mandato in un suo recente memoriale su questa norma, cioè sull'art. 13, una richiesta, cioè quella di ridurre il servizio complessivo a trenta ore settimanali per quanto riguarda gli insegnanti tecnico-pratici, con un orario d'obbligo per l'addestramento pratico degli alunni da 18 a 24 ore settimanali. Rifacendomi a quella discussione intervenuta proprio oggi in quella sala, dove abbiamo discusso l'art. 9, e rifacendomi alla casistica fatta proprio al riguardo per quanto riguarda l'insegnamento tecnico-pratico, io ho l'impressione che convenga accettare una proposta di questo genere. Consideriamo che in effetti la preparazione teorica e tutto quanto attiene all'insegnamento tecnico-pratico occuperà nel corso della settimana per varie ore questi insegnanti tecnico-pratici per cui, se in ipotesi noi lasciassimo le attuali ore complessive, a queste si devono senz'altro aggiungere varie ore per la preparazione teorica e per tutta la preparazione che attiene a questo insegnamento tecnico-pratico, per cui le 36 ore in effetti possono salire di molto, anche perchè è proprio sul campo tecnico-pratico che necessita sempre più l'aggiornamento. La scienza, la tecnica, ogni giorno, si può dire, trova nuove fonti di sviluppo.

Non è il latino, il tedesco, la matematica che

rimangono alquanto statiche come conoscenza e come insegnamento, se si vuole. L'insegnamento tecnico-pratico invece esige un continuo aggiornamento, una continua preparazione sul piano teorico e anche sul piano pratico perchè non basta una conoscenza teoretica come si suol dire. Allora noi troviamo che queste 36 ore aumenteranno magari a dismisura.

La richiesta di ridurre il limite a 30 ore, come viene proposto dagli insegnanti in considerazione di questa particolare esigenza e con l'orario d'obbligo per l'addestramento pratico da 18 a 24 ore settimanali, io credo che sia una proposta saggia che sarebbe doveroso accogliere appunto perchè oggi c'è questa più forte esigenza nel campo dell'istruzione tecnica di dover dedicare all'extrascuola la propria attività di studio e di preparazione che deriva proprio dall'evoluzione continua della tecnica e della scienza nei campi più vasti. Non è soltanto nel settore industriale, perchè, per esempio, l'agricoltura esige oggi ancora di più un aggiornamento continuo, anche perchè la nostra agricoltura sta vivendo e vivrà ore dure per quanto riguarda il suo avvenire e la tecnica e la scienza dovranno sovvenire e dovranno accompagnare tutte le necessarie trasformazioni future nel campo dell'agricoltura. Allora noi dobbiamo, a mio parere, consentire questa possibilità di migliore qualificazione, di miglior aggiornamento, di migliore preparazione per i nostri insegnanti, per questi tecnici delle nostre scuole, riducendo da un lato l'orario d'obbligo e consentendo in questa maniera a loro di potersi dedicare a questo lavoro di aggiornamento, che dev'essere fatto giorno per giorno e che soprattutto, come ebbi a dire all'inizio della discussione della legge, dovrebbe essere anche organizzato in maniera adeguata da parte della Provincia e di tutta l'organizzazione scolastica, nel senso che la Provincia deve intraprendere ogni anno iniziative adeguate per consentire al corpo insegnante di migliorare sempre più la propria preparazione, come del resto prevede la legge stessa. Quindi, io sarei per chiedere alla Giunta di considerare questa richiesta del personale in considerazione di queste necessità, di queste esigenze.

BRUGGER (Assessor für Landwirtschaft und Forstwesen - S. V. P.): Ich habe nicht richtig verstanden, ob die Empfehlung von Herrn Nardin auf einen Abänderungsantrag des Artikels hinzielt oder ob die Empfehlung im Verordnungswege Verwirklichung finden sollte. Ich bin auch der Auffassung, dass man hier unter Berücksichtigung der Vorbereitungszeit einen Schlüssel zustandebringen soll, der die Unterrichtsstunden und die in der Beratungstätigkeit verwendete Zeit in irgendein Verhältnis bringt. Meines Dafürhaltens könnte

man ein Verhältnis dieser Art auch im Verordnungswege vorsehen, ohne es im Gesetze zu verankern.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S. V. P.): Assessor Brugger hat gesagt, wenn ein Berufsschullehrer in seiner praktischen Konsulenzfähigkeit eingesetzt wird, so soll das mit seinen Unterrichtsstunden koordiniert werden. Was nun den Antrag des L. Abg. Nardin betrifft, ist die Herabsetzung der Höchststundenzahl für einen praktisch-technischen Lehrer, also für einen Werkmeister, vorgesehen. Ich gönne natürlich jedem Werkmeister oder jedem Angestellten eine möglichst bequeme Dienstzeit und ich hätte, rein prinzipiell gesehen, nichts dagegen, dass dieses Maximum herabgesetzt wird, aber, ich denke, wir müssen auch einen gewissen Maßstab gegenüber den anderen Beamten anlegen. Für diese praktisch-technischen Lehrer braucht es nicht die Vorbereitungszeit — es sind die Werkmeister in der Lehrwerkstätte gemeint — wie für die Lehrer, welche den theoretischen Unterricht erteilen. Daher ist, glaube ich, die Höchstzeit von 36 Stunden nicht übertrieben. Diese Stundenzahl ist auf Grund der Praxis erstanden: 18-24 Stunden für die Lehrer und ein Maximum von 36 Stunden für die Werkmeister. Die Werkmeister können dieses Arbeitspensum ohne weiteres erledigen, wenn wir bedenken, dass z. B. ein Landesangestellter, ein Beamter, 42 Wochenstunden arbeiten muss.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Non facciamo paragoni con gli impiegati amministrativi. Io ho la massima stima nel complesso del personale dell'Amministrazione provinciale, dell'Amministrazione della Regione o dei Comuni, salvo casi particolari. E' per questo che respingo con sdegno tutte le barzellette che nel mondo sudtirolese vengono raccontate a proposito del « Landhaus » e del suo personale. Le barzellette sono ormai tante che bisognerebbe far dire all'on. Ebner di stampare una enciclopedia aneddotica al riguardo, e queste le hanno inventate tutte i sudtirolesi. State pur certi che nessun altro le ha inventate e le respingo con sdegno. Non si venga però a far paragoni perchè cinque ore di insegnamento, anche da parte di un maestro artigiano, Assessore Fioreschy, Lei lo sa meglio di me, costituisce una fatica non indifferente; una è star davanti a pacchi di pratiche e una è insegnare per cinque ore. E poi Lei si immagina anche la difficoltà dell'insegnamento tecnico-pratico. Lei lo sa molto bene. Allora vale anche tutta la diatriba a proposito degli insegnanti: cosa hanno da lamentarsi i maestri e gli insegnanti,

hanno tre mesi di vacanze, hanno poche ore di insegnamento, ricevono per 12 mesi uno stipendio, che cosa hanno da lamentarsi! Signori, insegnare cinque ore non è come lavorare otto ore in un ufficio, nelle quali si può anche rallentare per lo meno una certa tensione nel lavoro. Lo sapete meglio di me. Nessuno dimagrisce negli uffici amministrativi in genere, anche perchè ci si riesce a rinforzare con le frequenti visite ai bar vicini agli uffici. Ora, lasciamo andare questo discorso.

Non credo che il personale abbia avanzato questa richiesta per il gusto di avanzare una rivendicazione. Guardate che la richiesta è fondata! E' una delle rivendicazioni del mondo insegnante in generale, quella di veder ridurre certi orari d'obbligo per potersi più adeguatamente dedicare alla preparazione e a tante altre cose. Anche perchè, come ripeto, il maestro artigiano oggi insegna una cosa, ma un domani deve insegnarne un'altra, perchè anche l'insegnante tecnico-pratico deve tener conto di tutti gli aggiornamenti della tecnica e così via. Non è una cosa semplice. Non si tratta di imparare una formuletta nuova, ma si tratta tante volte di dover riimparare un po' certi sistemi perchè la tecnica fortunatamente sconvolge. Perciò non mi pare infondata la richiesta del personale. Io mi permetto di avanzare con i colleghi un emendamento al riguardo, perchè penso che sia corrispondente alle esigenze e direi non soltanto alle esigenze degli insegnanti, ma di un possibile miglioramento del mondo scolastico. Noi un domani possiamo esigere di più dall'insegnante tecnico-pratico perchè noi diciamo: ti abbiamo ridotto l'orario d'obbligo, ma tu devi rispondere meglio con la tua attività, con le tue capacità. Possiamo esigere di più in quanto gli abbiamo dato il tempo, lo abbiamo messo in condizioni da poter rendere di più in questa maniera. Se un domani uno invece si dimostrerà un ferro vecchio, malgrado questa provvidenza, vuol dire che allora la valutazione che gli dovrà essere data, non da parte nostra, ma da parte di chi di dovere, dovrà essere una valutazione corrispondente. Se uno non rende come potrebbe rendere, grazie anche a questo nuovo sistema, gli si può dare anche un voto di demerito se non sfrutta il maggior tempo che ha a disposizione per potersi aggiornare, per poter essere sempre di più un buon insegnante.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento sostitutivo al terzo comma dai consiglieri Nardin e Avancini del seguente tenore: « *Gli insegnanti tecnico-pratici di cui alla lettera d) del secondo capoverso dell'art. 2 della presente legge sono tenuti ad un servizio complessivo di 30 ore setti-*

manali, con un orario d'obbligo per l'addestramento pratico da 18 a 24 ore settimanali ».

SCHATZ (S. V. P.): Wir haben vom Assessor Fioreschy gehört, dass diese Anzahl von 36 Stunden nicht aus dem Ärmel geschüttelt wurde. Ich glaube, dass hier eine Besprechung mit den zuständigen Lehrkräften vorausgegangen ist und das irgendwie abgestimmt wurde. Infolgedessen, glaube ich, bleiben wir beim Vorschlag des Ausschusses.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'emendamento: respinto a maggioranza.

Metto in votazione l'emendamento presentato dalla Giunta: approvato a maggioranza.

Metto in votazione l'articolo così emendato: approvato a maggioranza con tre astensioni.

Art. 14

Doveri connessi coll'esercizio della funzione

Il personale insegnante dipende direttamente dal capo dell'istituto. Esso deve:

— *osservare puntualmente l'orario delle lezioni, le prescrizioni dell'ordinamento didattico della scuola cui appartiene e gli altri doveri connessi con l'esercizio del proprio insegnamento o con le esigenze della funzione educativa;*

— *intervenire alle adunanze del collegio e dei consigli di cui fa parte;*

— *cooperare al buon andamento didattico e disciplinare dell'istituto;*

— *collaborare al coordinamento dei vari insegnamenti ed alle varie iniziative di carattere culturale, educativo e ricreativo promosse dalla scuola, comprese quelle destinate a stabilire ed estendere la collaborazione tra la scuola e famiglia degli allievi. La collaborazione è estesa fra scuola e datori di lavoro nelle scuole professionali per apprendisti;*

— *partecipare ai lavori delle commissioni di esame, delle quali sia chiamato a far parte, nonché a corsi di perfezionamento o aggiornamento disposti dall'Amministrazione;*

— *mantenere il segreto d'ufficio.*

Il personale insegnante risponde dell'efficacia educativa e didattica del suo insegnamento e del comportamento disciplinare degli alunni.

Chiede qualcuno la parola all'art. 14?

ZELGER (S. V. P.): Mir ist der erste Absatz auf Seite 9 nicht ganz klar. Da steht nämlich:

„partecipare ai lavori delle commissioni di esame, delle quali sia chiamato a far parte, nonché a corsi di perfezionamento o aggiornamento disposti dall'Amministrazione". Was ist hier unter „Amministrazione" gemeint? Sollte sich das Wort auf „corsi di perfezionamento o aggiornamento" beziehen, so müsste genügen, wenn hier „nonchè a corsi di perfezionamento o aggiornamento disposti in base all'art. 19" stünde, denn im Art. 19 ist abermals von diesen Fortbildungskursen die Rede, wo auch genau präzisiert ist, von wem diese Fortbildungskurse eingesetzt und abgehalten werden. Deshalb wäre ich der Meinung, dass man dieses „Amministrazione" mit „di cui all'art. 19" zu ersetzen hätte.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): Il personale insegnante propone che non sia l'Amministrazione provinciale a disporre i corsi, ma siano gli ispettori. Io non sono totalmente d'accordo su questa proposta, che trova però una certa giustificazione, se vogliamo ritenerla come integrativa. Bisognerebbe, anche attraverso la norma prevista dall'art. 19, prevedere che i corsi di perfezionamento e di aggiornamento didattico vengano disposti dalla Giunta provinciale su proposta degli Assessorati competenti e anche dagli ispettori. Bisognerebbe cioè prevedere le due possibilità: corsi disposti dall'Amministrazione provinciale su proposta dell'Assessore, sentito l'ispettore, e corsi per iniziativa dell'ispettore. Io sarei per sentire intanto il parere della Giunta in proposito, se non convenga seguire queste due possibilità, queste due strade, cioè prevedere corsi disposti dall'Amministrazione secondo quanto prevede l'art. 19 e corsi anche disposti dall'ispettore. Il personale dice: no, siano gli ispettori soltanto. Io non sono d'accordo su questo: sia l'Amministrazione provinciale, e sia anche l'ispettore. Allora si potrebbe, se accettassimo di introdurre questa possibilità nell'art. 19, cancellare « disposti dall'Amministrazione » ed eventualmente modificare l'art. 19 nel senso di prevedere la possibilità di istituzione di corsi di perfezionamento e di aggiornamento didattico ad opera dell'ispettore oltre che della Giunta provinciale.

FIORESCHY (Assessor für Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr - S.V.P.): Ich glaube, dass mit dem Vorschlag des L. Abg. Nardin eine Doppelgleisigkeit entsteht, das heisst, die Landesverwaltung könnte Fortbildungskurse für die Lehrpersonen veranstalten und gleichzeitig, unabhängig von der Verwaltung, der Inspektor selber. Das wäre eine Situation, die nicht logisch ist. Es muss ja ein Zusammenhang, der im Art. 19 erwähnt ist, bestehen. Der zuständige Assessor schlägt vor und der Landesausschuss beschliesst. Der Vorschlag des

Assessors erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Schulinspektor, denn schliesslich wird der zuständige Assessor und auch der Landesausschuss keinen Kurs veranstalten, ohne dass ihm das vom zuständigen Inspektor vorgeschlagen worden ist. Der lebendige Kontakt mit der Schule selber ist ja durch den Inspektor gegeben und nicht, das haben wir im Art. 9, letzter Absatz, festgelegt, durch die direkte Ingerenz des Assessors in die Schule. Daher, glaube ich, ist die Garantie gegeben, dass diese Kurse nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Inspektor abgehalten werden.

NARDIN (Segretario - P. C. I.): In mancanza della proposta di un Assessorato i corsi non vengono istituiti? La Giunta provinciale delibera sui corsi su proposta dell'Assessorato, il quale sente in questo caso l'ispettore. Ma se non interviene una proposta dell'Assessorato, l'ispettore non ha alcuna facoltà di istituire corsi o altro e la Giunta provinciale non è tenuta ad indire questi corsi. Questo io vi dico.

Lei dice che è un'ipotesi campata in aria. Perché non potrebbe verificarsi questa ipotesi? Ne abbiamo viste tante! L'ispettore deve avere la facoltà anche di proporre alla Giunta provinciale determinati corsi, che possono anche esulare dalla vera e propria competenza di un Assessorato. Lei mi capisce. Ci possono essere dei corsi di aggiornamento e di perfezionamento che non si riferiscono in toto ad un Assessorato anziché ad un altro. Discutendo le cose forse si chiariscono meglio. Possiamo lasciare questa dizione « disposti dall'Amministrazione » in questo articolo, però all'art. 19 mi permetterò di risollevarlo il problema dicendo che sia sempre l'Amministrazione provinciale a disporre i corsi, ma sia consentito anche all'ispettore di proporre all'Amministrazione stessa la indizione di determinati corsi. Non occorre che ci sia soltanto la proposta dell'Assessorato, senza la quale il corso non viene istituito, ma ci possono essere dei corsi necessari che esulano dalla competenza precisa di un Assessorato o di un altro, che possono abbracciare un po' tutto l'interesse di vari Assessorati o dell'intera Amministrazione provinciale.

PRESIDENTE: E' stato presentato un emendamento a firma di Zelger, Wahlmüller e Schatz con il quale si chiede di modificare il primo comma — pag. 9 — come segue: « *partecipare ai lavori delle commissioni di esame, delle quali sia chiamato a far parte, nonché a corsi di perfezionamento o aggiornamento di cui all'art. 19* ».

Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

Metto in votazione l'art. 14 così emendato:
è approvato all'unanimità.

Il Consiglio aggiorna i suoi lavori a giovedì,
12 marzo alle ore 9.30.

La seduta è tolta.

ORE 13.00 UHR.